

# Avanti

RSB Rhein-Neckar



Antirassistische Demo in Mannheim am 17.01.2015

Foto: helmut-roos@web.de

## Limburgerhof, Rhein-Neckar, Deutschland: Die Würde des Menschen ist antastbar?

H.N.

**S**tell' Dir vor, als „links“ bezeichnete Randaletgruppen würden seit Monaten menschenverachtende Hetze betreiben. Stell' Dir ferner vor, diese Figuren würden hunderte von Brandanschlägen organisieren,

sie würden Menschen jagen, beleidigen, einschüchtern, angreifen, verletzen und ermorden.

**Fortsetzung auf Seite 2**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

mit der 13. Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* feiern wir den Geburtstag dieser lokalen Publikation, die vor einem Jahr zum ersten Mal erschienen ist.

Wir haben damals geschrieben: „[Mit] dieser ersten Ausgabe einer örtlichen Beilage zur *Avanti* versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, einen konkreten Beitrag zur Unterstützung von Protest und Widerstand gegen die HERRschenden Verhältnisse [zu] leisten.“

Die positiven Rückmeldungen zur Beilage ermutigen uns in unserem Engagement. Aber es gilt nach wie vor der Satz aus dem Editorial der ersten Ausgabe: „Mehr denn je sind wir auf Deine / Eure Unterstützung angewiesen. Denn nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!“

Wir nehmen in der aktuellen Ausgabe Stellung zur Hetze gegen Flüchtlinge. Wir werfen unter anderem einen Blick zurück auf unsere Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Ermordung Leo Trotzki's.

Wir schauen aber auch nach vorne und kündigen einige interessante Veranstaltungen an.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre und sehen uns hoffentlich bei den anstehenden Aktionen und Aktivitäten in diesem Herbst!

*Eure Redaktion*

### Inhalt

TITEL		RÜCKBLICK	
01	<b>Rassismus:</b> Die Würde des Menschen ist antastbar...	04	<b>RSB-Sommerfest:</b> Gemeinsam kämpfen, gemeinsam feiern
<b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>		<b>SPURENSUCHE</b>	
03	<b>BR-Mobbing:</b> Aufruf zur 2. Konferenz	05	<b>Vor 75 Jahren:</b> Die Ermordung Leo Trotzki's
<b>INTERNATIONALE SOLIDARITÄT</b>		<b>TERMINE</b>	
04	<b>Griechenland:</b> Was nun? Rundreise mit Manos Skoufoglou	06	<b>Sommerseminar 2015</b>
		06	<b>Termine</b>

# Limburgerhof, Rhein-Neckar, Deutschland: Die Würde des Menschen ist antastbar?

Fortsetzung von Seite 1

Was wäre dann in dieser Republik los? Natürlich eine Medienkampagne 7/24 auf allen Kanälen gegen „links“, den „linken Terror“ und seine SympathisantInnen. PolitikerInnen wären ohne zu Zögern an die Tatorte gereist und würden nicht schweigen, bedauerliche „Einzelfälle“ kleinreden oder beschönigen.

Sie würden den staatlichen Kampf gegen „den Terror“ ohne Gnade organisieren und mit radikalen Regierungserklärungen gegen die Brandstifter garnieren. Es würde massive weitere Einschränkungen der demokratischen Rechte geben. Vielleicht würden sogar die „Notstandsgesetze“ aus der Schublade gezogen. Auf jeden Fall gäbe es flächendeckend Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Organisationsverbote. Wir würden Zeugen rücksichtsloser Polizeieinsätze, die mit allen erdenkbaren Mitteln die Brandstifter ausschalten würden.

Und was passiert jetzt von staatlicher Seite gegen das hemmungslose Treiben von Nazis und RassistInnen? Nach langem Zögern und Kokettieren mit Pegida & Co. symbolische und medienwirksame Besuche an Tatorten und mehr oder weniger klare Worte gegen die rechte Gewalt.

Gleichzeitig aber haben Debatten über die weitere Zerstörung des Grundrechts auf Asyl Hochkonjunk-

tur. „Sichere“ Herkunftsstaaten, Aussortieren der „Wirtschaftsflüchtlinge“, schnelleres Abschieben, Unterbringung in Zeltlagern, Kürzung des Taschengeldes - das sind nur einige der Schlagworte von RegierungsvertreterInnen. Diese Sprüche werden gerne und vielältig in zahlreichen Medien wiedergekaut, auch wenn mittlerweile die Kampagne gegen „Dunkeldeutschland“ an Fahrt aufgenommen hat.

Wo bleibt die Achtung vor dem bürgerlichen Grundgesetz bei diesen Herrschaften? Nach den Verbrechen der Nazi-Diktatur wurde der Artikel 1 bewußt so formuliert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

## Nein zu Ausgrenzung, Faschismus und Rassismus!

Kriege, politische Unterdrückung und soziale Verelendung fallen nicht vom Himmel. Sie werden von den Profiteuren des Kapitalismus organisiert - auch durch die zunehmenden deutschen Waffenexporte und die deutsche Großmachtspolitik. Die EU und nicht zuletzt auch die GroKo sind politisch mitverantwortlich für die Fluchtursachen in Südosteuropa, Nordafrika und dem Nahen Osten.

Das Mittelmeer ist nach wie vor ein Massengrab für Flüchtlinge. Dieser Skandal wird nicht mit der Versenkung von Schlepperbooten

durch die Bundesmarine beendet. Vielmehr ist die Bekämpfung der Fluchtursachen (Kriege, Unterdrückung und Verelendung) dringend erforderlich. Doch weder die EU noch die Bundesregierung handeln in diesem Sinne.

Das ‚Problem‘ sind nicht Flüchtlinge und MigrantInnen, sondern Rassismus und Diskriminierung. Die Aushöhlung des Rechts auf Asyl und restriktive Einwanderungsgesetze treiben Flüchtlinge und MigrantInnen in die Illegalität. Das macht sie leichter angreif- und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar.

Warum sind Flüchtlinge nicht gleichberechtigt? Die Gleichheit der Rechte würde schnell helfen, ihre Diskriminierung zu bekämpfen. Sie brauchen das Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes. Die Legalisierung der „Illegalen“ ist ebenso erforderlich wie ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt. Deshalb sind wir für die volle politische, soziale und rechtliche Gleichstellung aller Menschen!

Zudem muss der sozialen Demagogie der Neo-Nazis der Boden entzogen werden. Nicht die Flüchtlinge sind schuld an zunehmender Armut in diesem reichen Deutschland. Es ist

die Agenda-Politik des Kapitals und der herrschenden Kreise. PolitikerInnen treiben hierzulande mit Hartz IV, zunehmend prekärer Beschäftigung und Rentenkürzungen Millionen in Existenznöte.

## Was tun?

Wir sind der Meinung, dass Neofaschismus, Nazi-Hools, Islamismus und Rassismus nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen sind. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, der auf dem rechten Auge blind ist. Dessen Spitzel nach wie vor in den faschistischen Organisationen verankert sind, und der die Totalüberwachung immer weiter vorantreibt.

Zum Glück gibt es tausende Menschen, die sich solidarisch um Flüchtlinge kümmern. Hunderttausende sind zudem mobilisierbar gegen Fremdenfeindlichkeit. Aber wir brauchen jetzt mehr denn je die gemeinsame, organisiert wirkende Kraft von AntifaschistInnen und AntirassistInnen.

Wir benötigen eine breite außerparlamentarische und internationalistische Bewegung für die konsequente Verteidigung der Menschenwürde sowie der politischen und sozialen Menschenrechte gegen braunen und staatlichen Rassismus. In Limburgerhof, Rhein-Neckar und überall. ■



Anti-Nazi-Protest in Mannheim, 28.05.2014

Foto: helmut-roos@web.de

## BR-Mobbing:

# Keine Einzelfälle, sondern ein flächendeckender Skandal!

G.M.

Über den aktuell jüngsten bekanntgewordenen Fall von BR-Mobbing berichtete die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Ausgabe vom 11. August 2015. Unter der Überschrift „Die Hexe muss weg“ wurden die Attacken des Medikamentenherstellers Mundipharma gegen eine aktive Betriebsrätin dargestellt. Leider ist das kein „Einzelfall“, wie ein in dem Artikel zitierter IG BCE-Sekretär namens Alexander Wiesbach meint.

Richtig ist vielmehr, dass nur Einzelfälle der Gewerkschaftsbekämpfung (des „Union-Busting“) und des damit einhergehenden BR-Mobbing in den Medien bekannt werden. Die enorme Dimension dieses meist ignorierten Skandals, das System der aggressiven

Einschüchterung, des offenen Rechtsbruchs und der brutalen Existenzvernichtung, das hinter diesen „Einzelfällen“ steckt, wird nur selten beleuchtet.

Firmen unterschiedlicher Größe gingen und gehen skrupellos gegen Betriebsräte und engagierte Gewerkschaftsmitglieder vor, um diese lahm zu legen.

Nicht nur willfähige „Betriebsrats-Mitglieder“, sondern vor allem hochbezahlte, auf derartige Dienste spezialisierte „Rechtsanwalts-Kanzleien“ (Naujoks, Schreiner & Partner usw.) sowie „Beraterfirmen“ spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

Nach vorsichtigen Schätzungen sind von diesen Machenschaften jährlich hunderte von gewerkschaftlich orga-

nisierten Betriebsratsmitgliedern direkt betroffen. In der Folge werden Belegschaften durch die Kaltstellung ihrer Interessenvertretungen eingeschüchert. Auch die Familien der betroffenen Betriebsräte sind einem enormen Druck ausgesetzt, durch den sie oft zugrunde gehen.

Arbeitsgerichte und Staatsanwaltschaften weigern sich in der Regel, diese massiven Verstöße gegen das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz wahrzunehmen oder gar ihnen Einhalt zu gebieten.

Seitens der Bundesregierung ist ebenfalls kein Eingreifen gegen diesen flächendeckenden Skandal der Be- und Verhinderung von Betriebs- oder Personalratstätigkeit zu erkennen.

Kleine Initiativen hingegen wie das Mannheimer Komitee „Solidarität ge-

gen BR-Mobbing“ streiten seit Jahren gegen diese unhaltbaren Zustände. Auch einzelne Gewerkschaftsgliederungen engagieren sich entschlossen.

Was aber fehlt, das ist der konsequente, bundesweite Widerstand gegen diese Form des Klassenkampfes von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, denn deren betriebliche Basis wird derzeit zerstört.

Es ist deshalb umso mehr zu begrüßen, dass am 17. Oktober 2015 im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 2. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ stattfindet. Sie will einen weiteren Beitrag zur Analyse des BR-Mobbing und zur Vernetzung einer öffentlichkeitswirksamen Gegenwehr leisten. ■

## Betriebsräte im Visier

## Bossing, Mobbing & Co.

## Was tun?

## Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,  
Albrecht Kieser (work-watch), Klaus-Dieter Freund  
(Rechtsanwalt) und vielen anderen. Musik: Meltem

**Samstag, 17. Oktober '15**

13.00 - 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

Mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim,  
ver.di Rhein-Neckar, work watch (Köln) (Stand 14.08.15)

### Programm:

13.00 Uhr Anmeldung

13.45 Uhr Eröffnung und Grußworte

14.00 Uhr Analyse I: Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing - ein Weltkonzern sieht rot

14.45 Uhr Plenumsdiskussion

15.15 Uhr Kaffeepause

15.35 Uhr Analyse II: Zur Rolle der Arbeitsgerichtsbarkeit

15.55 Uhr Plenumsdiskussion

16.15 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr Erfolgreiche Gegenwehr: Podiumsdiskussion mit Betroffenen und Aktiven - Beiträge aus dem Plenum

17.30 Uhr Kaffeepause

17.45 Uhr Perspektiven / Was tun / Verabredungen

- Impulsreferat, Diskussion, Zusammenfassung

18.30 Uhr Musikalischer Abschluss: Meltem

19.00 Schlusswort (danach gemeinsames Abendessen)

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

Den kompletten Flyer mit dem Anmeldeformular findet Ihr unter [www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

# Griechenland: Was nun?

## Rundreise mit Manos Skoufoglou

A.B.

Im Rahmen einer Rundreise durch Deutschland kommt der griechische Gewerkschafter und politische Aktivist Manos Skoufoglou aus Athen auch nach Mannheim.

Neben anderen gewerkschaftlichen und betrieblichen Terminen in der Rhein-Neckar-Region wird er am 22. September im Mannheimer Gewerkschaftshaus zur aktuellen Lage in seinem Land sprechen.

In der Einladung des Aktionsbündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ zur Veranstaltung „Griechenland - Was nun?“ heißt es: „Die Troika (alias die ‚Institutionen‘) hat unter deutscher Führung Griechenland erneut erfolgreich erpresst. Im Interesse der Banken und der ‚Investoren‘.

Das Nein der Volksabstimmung wurde weggefegt. Die verbreiteten Hoffnungen auf die Regierung Tsipras eliminiert. Jetzt stehen Neuwahlen an.

Seit Jahren behaupten EU und Bundesregierung, ihre ‚alternativlose‘ Politik hätte große Erfolge erzielt. Zum Beispiel bei der ‚Sanierung‘ Griechenlands.

Tatsache ist: Die Herrschenden nutzen konsequent die Krise des Euroraums zu beispiellosen Angriffen auf unsere sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Errungenschaften. Mit einer ‚Agenda 2020‘ wird die große Mehrheit derzeit vor allem in Südeuropa immer mehr in Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend gestürzt. Griechenland dient als Blaupause für diese Strategie.

Welche Alternativen zu dieser als ‚Sparen‘ beschönigten Verelendungspolitik gibt es in Griechenland? Wie kann dort dem Interesse der großen Mehrheit nach menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen Geltung verschafft werden? Warum wurden und werden nicht die Profiteure der Krise zur Verantwortung gezogen? Welche Perspektiven eröffnen sich nach den Parlamentswahlen? Wie kann die Lage für die große Mehrheit in Griechenland grundlegend verbessert werden? Was können wir tun?“

Über diese und andere Fragen, so das Mannheimer Aktionsbündnis, können die hoffentlich zahlreichen BesucherInnen am 22.09.2015 mit dem griechischen Kollegen diskutieren. ■

# Griechenland

## Was nun?

Veranstaltung  
mit Manos Skoufoglou  
(Athen)

Dienstag, 22.09.15,  
19 Uhr

Gewerkschaftshaus MA  
Hans-Böckler-Str. 1, EG (Eingang Neckarufer)

Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ MA

Kommt zu unseren nächsten Treffen am 01.02.09. und 16.09. 18.00 Uhr, Friedhof MA, Speyerer-Str. 14  
Weitere Termine unter [www.gdltm.de](http://www.gdltm.de)

# Sommerfest des RSB Rhein-Neckar

## Gemeinsam aktiv sein, gemeinsam feiern

R.G.

Am 8. August diesen Jahres fand wieder unser legendäres Sommerfest bei Mannheim statt. Wie immer war auch hierbei eine sozialistische Ader zu verspüren, in dem jedeR von uns Speisen und Getränke mitbrachte.

Wir haben alle gemerkt, dass es wieder an der Zeit war, das politische Engagement mit dem Feiern zu verbinden.

Nachdem wir uns alle zusammengefunden hatten und das Grillfeuer entfacht worden war, fanden schnell die ersten Gespräche statt. Wir waren erfreulich viele Menschen, und auch das Wetter meinte es gut mit uns.

Alle von uns stellten fest, wie wichtig es ist, neben dem politischen auch

den persönlichen Austausch zu pflegen. Letzteres bleibt bei unseren regelmäßigen Gruppen-Treffen oft auf der Strecke. Aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Aktivitäten, die sehr viel Zeit fordern, bleibt meist kaum Raum für ein privates Gespräch.

Da unsere Gruppe für alle einzelnen GenosseInnen und SympathisantInnen in dieser knallharten, kapitalistischen Welt nicht zuletzt helfen soll, das eigene Rückgrat zu stärken, ist die Bedeutung gemeinsamer sozialer Aktivitäten nicht zu unterschätzen.

Auch der weitere Verlauf des Abends gestaltete sich sehr angenehm. Es wurden Lieder gesungen und musiziert. Noch bis in die Nacht hinein diskutierten und feierten wir gemeinsam. ■

„Vom Standpunkt einer jeden organisierten Gruppe, die fortbestehen möchte, ist es wichtig, dass die Gruppe von ihren Mitgliedern mit ... Energie versorgt wird. Der Fortbestand einer Gruppe hängt bis zu einem gewissen Grad davon ab, dass Ihre Mitglieder sie eben so wichtig ... nehmen als ihr eigenes Leben, und dass sie außerdem an die Rechtschaffenheit ...glauben.“ (Aus: Erich Fromm, Die Seele des Menschen, Ullstein Verlag 1981.)

# Vor 75 Jahren: Die Ermordung Leo Trotzki

H.B.

In unserer Veranstaltungsreihe „Spurensuche“ beschäftigten wir uns am 21. August mit den Hintergründen eines heimtückischen politischen Auftragsmords, der von dem Diktator und Massenmörder Stalin persönlich angeordnet worden war.

Im fiel vor 75 Jahren, am 20. August 1940, in Coyoacan Leo D. Trotzki, zum Opfer. Er war ein unermüdlicher und unerschrockener Kämpfer für eine Welt ohne Ausbeutung, Bürokratie, Krieg und Unterdrückung. Die stalinistischen Häscher zwangen ihn zur Flucht um den halben Erdball. Auch das „demokratische“ Deutschland hatte ihm die Einreise verweigert, so dass er letztlich nur in Mexiko dauerhaftes Asyl finden konnte.

Es gibt kaum eine andere Person der ArbeiterInnenbewegung, die so massiv verleumdet, verfolgt und unterdrückt worden ist. Wer war also dieser Mensch, und was können wir noch 75 Jahre später von seinem Engagement lernen?

## Ein Revolutionär

Geboren am 8. November 1879 als Sohn von Bauern in der Ukraine, gründet er bereits mit 18 Jahren in Odessa den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und spürte bald die Repression des zaristischen Rußland. In der Revolution von 1905 wurde er zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets (Rats) gewählt. Nach der Niederschlagung der Bewegung wurde er verurteilt und in die Verbannung nach Sibirien geschickt. Seit der Flucht ins Exil überwinterte er bis zum Beginn der russischen Revolution 1917. Nach seiner Rückkehr spielte er in Petrograd gemeinsam mit Lenin die entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution.

Er war als Organisator der Roten Armee dafür verantwortlich, dass die militärischen Kräfte der brutalen in- und ausländischen Konterrevolution die junge Räterepublik nicht zerschlagen konnte.

Nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, blieb die Sowjetrepublik isoliert. Eine immer stärker werdende Bürokratie unter Stalin brachte die Partei, die 1919 gegründete III. Internationale und das ganze Land unter Kontrolle.

Im Rückblick datierte Trotzki den Sieg der politische Konterrevolution Stalins auf das Jahr 1923. Gegen die stalinistische Bürokratisierung des Rätestaates wandten sich ab Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhun-

derts verschiedene Oppositionsgruppen. Im Herbst 1923 bildete sich die Linke Opposition prominenter Bolschewiki um Leo D. Trotzki und Jewgeni A. Preobraschenski. Sie forderte einen „neuen Kurs“ – insbesondere die Demokratisierung der Kommunistischen Partei und die planmäßige Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft im Bündnis mit der Bauernschaft.

Die bürokratische Unterdrückung dieser Reformbewegung, die von der Parteibasis mehrheitlich unterstützt wurde, war im Wesentlichen bereits im Januar 1924 abgeschlossen. Die machtpolitische Ausschaltung der Opposition verbrämten die neuen Machthaber ideologisch als Kampf gegen eine „kleinbürgerliche Abweichung vom Leninismus“.

Noch im Herbst 1924 starteten sie zudem eine langanhaltende Diffamierungskampagne gegen den „Trotzkismus“. Sie war einerseits an die Abkehr von der internationalen revolutionären Strategie der Oktoberrevolution gekoppelt. Andererseits erfand sie das Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“.

Im Februar 1929 wurde Trotzki auf Befehl Josef W. Stalins aus der Sowjetunion ausgewiesen. Erst seitdem konnte er ernsthaft versuchen, die linksoppositionellen Kräfte auf Weltebene politisch und organisatorisch zu bündeln.

Formell gründete sich die Internationale Linke Opposition (ILO) am 6. April 1930 in Paris. Das war eine Zwischentappe auf dem weiteren „steinigen Weg“ zur IV. Internationale, um einen Begriff des amerikanischen Revolutionärs George Breitman zu gebrauchen, und für die organisierte Verteidigung des Konzepts der sozialistischen Räterepublik.

## Die IV. Internationale

Der bedeutendste Text der ILO heißt „Die Internationale Linksopposition, ihre Aufgaben und Methoden“. Er ist im Dezember 1932 von Trotzki verfasst worden. Die darin enthaltenen „Elf Punkte“ („Grundprinzipien der Linken Opposition“) sind eine bemerkenswerte Zusammenfassung des Programms der ILO. Sie verteidigen die revolutionäre Tradition des Marxismus und des Oktobers 1917 gegen den Stalinismus. In ihrem Kern – Unabhängigkeit der proletarischen Partei, internationaler Cha-

rakter der Revolution, systematische linke Gewerkschaftsarbeit, Politik der Massenmobilisierung, Übergangsforderungen, Einheitsfronttaktik und Parteidemokratie – sind sie auch heute noch aktuell.

Anfang 1933, nur 15 Jahre nach der Novemberrevolution, konnten die Nazis die deutsche ArbeiterInnenbewegung vernichtend schlagen. Das politische Versagen der sozialdemokratischen II. und der stalinistischen III. Internationale (Komintern) war offenkundig geworden. Die bedeutendsten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien der damaligen kapitalistischen Welt wollten keine Einheitsfront gegen den Faschismus schaffen. Auch die deutschen Gewerkschaften hatten kampflos kapituliert.

Trotzki analysierte in zahlreichen Broschüren, Artikel und Briefen den Aufstieg und den Sieges des Faschismus in Deutschland. Die bis heute unerreichte Klarsichtigkeit seiner Texte ist umso mehr zu würdigen, als er sie in seinem türkischen Exil Prinkipo und damit weitab von Deutschland verfasst hat.

1933 war eine historische Niederlage, die bis heute nachwirkt. Auch für die Internationale Linke Opposition (ILO), die sich ab Herbst 1933 Liga der Kommunisten-Internationalisten (LKI) nannte, sollte das Konsequenzen haben. Das bisherige - maßgeblich unter dem Einfluß Trotzki beschlossene - Ziel einer „Reform“ der Komintern wurde aufgegeben.

Stattdessen wurde nun - ebenfalls auf energisches Betreiben Trotzki - der Aufbau einer neuen, keineswegs als „trotzkistisch“ verstandenen Internationale auf die Tagesordnung der ILO bzw. LKI gesetzt.

Er wollte unter allen Umständen verhindern, dass die revolutionäre Linke wie schon im Ersten Weltkrieg sich auch in einem erwarteten Zweiten Weltkrieg völlig zersplittert zeigte. Unter widrigsten Umständen war er die treibende Kraft bei diesem Unterfangen. Der Stalinismus in Rußland, der Faschismus in Italien und Deutschland, die konterrevolutionären Erfolge in Belgien, Frankreich und Spanien vertieften jedoch die Krise der ArbeiterInnenbewegung im Allgemeinen und der sozialistischen /

kommunistischen Linken im Besonderen.

Katastrophale Auswirkungen hatten auch die sogenannten Säuberungen in der Sowjetunion. Sie begannen auf Befehl Stalins nach dem ersten Moskauer Prozess von August 1936 gegen 16 führende Bolschewiki darunter Leo B. Kamenjew und Grigori J. Sinowjew. Zehntausende russische KommunistInnen, fast die gesamte alte Garde der Oktoberrevolution, die Mehrheit der Führung der Roten Armee und die meisten ausländischen KP-FunktionärInnen, die als EmigrantInnen in Moskau waren, fielen dem stalinistischen Terror zum Opfer. Es gelang Stalin und seiner Clique, die große Mehrheit der revolutionären Strömungen physisch zu liquidieren oder wenigstens zu demoralisieren.

Was den Stalinisten aber zunächst nicht gelang, war die Stimme Ihres schärfsten Kritikers, Leo D. Trotzki, zum Schweigen zu bringen. Unter widrigsten Umständen schrieb er nicht nur eine brillante Analyse des Stalinismus (Verratene Revolution, 1936), sondern widerlegte mit Hilfe der Dewey-Kommission die unglaublichen Lügen der Moskauer Prozesse.

## Stalinistischer Vernichtungskrieg

Die Hetze gegen den „Trotzkismus“, der im Mittelpunkt der Anklagen aller drei Moskauer Prozesse stand, wurde noch einmal in grotesker Form gesteigert. Stalin ebnete damit konkret auch den Weg für den Vernichtungskrieg seiner kriminellen Geheimpolizei GPU gegen die Bewegung für die IV. Internationale sowie für die Ermordung Trotzki und seiner meisten Familienangehörigen.

Zudem waren tausende andere seiner UnterstützerInnen in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts politisch verfolgt. Vor allem in stalinistischen und faschistischen Gefängnissen und Lagern kamen viele von ihnen oft qualvoll zu Tode.

Angesichts dieser bedrohlichen Umstände grenzt die formelle Konstituierung der IV. Internationale am 3. September 1938 fast an ein Wunder. Fünf Jahre hartnäckiger Vorberei-

Fortsetzung von Seite 5:

tungsarbeit hatten ihr trotz vieler Rückschläge den Weg geebnet. Dies ist vor allem das Verdienst Leo D. Trotzki's.

### Gegen den Strom

Die neu gegründete Internationale beanspruchte nichts weniger, als einen neuen Aufschwung der Weltrevolution vorzubereiten und anführen zu können. Das war ihre Perspektive für die Zeit nach dem Ende des damals erst bevorstehenden Zweiten Weltkriegs.

Das „Übergangsprogramm“, ein im wesentlichen von Trotzki verfasster Text, leistete den bedeutendsten inhaltlichen Beitrag für die Gründungskonferenz. Unter der Überschrift „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der

IV. Internationale“ knüpft es an das strategische Erbe der Oktoberrevolution an. Es will „den Massen in ihren Tageskämpfen helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution.“

Diese Brücke sollte aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unweigerlich zu ein und demselben Schluss führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“

Auch heute hat dieser klassische Text der IV. Internationale trotz aller grundlegenden Veränderungen seitdem seine

methodische Bedeutung nicht verloren.

Dennoch ist festzuhalten: Ohne die Existenz der schwachen internationalen Organisation wäre die revolutionäre Kontinuität völlig unterbrochen worden. Ihr bloßes Überleben bedeutete einen nicht zu unterschätzenden Erfolg.

### Ein unschätzbare Erbe

Der viel zu früh verstorbene französische Genosse Daniel Bensaid hat geschrieben, dass „die Geschichte des Trotzkismus [ohne Anführungszeichen!] den eminent politischen Anspruch [zeigt], nicht nach- oder aufzugeben, nicht die Waffen zu strecken. Der postume Sieg von Trotzki und seinen bekannten wie unbekanntem Erben lag in der Entfal-

lung von Schätzen von Mut und Geisteskraft, um nicht die Orientierung zu verlieren, während so viele bekannte Köpfe sich aus Überdruß oder Opportunismus den Siegern des Augenblicks anschlossen...

Man muss nur die Ruinenfelder des zersprengten Stalinismus oder der zum Neoliberalismus konvertierten Sozialdemokratie betrachten – jene geschichtliche Konfusion, theoretische Sterilität, politische Inkonsistenz und die Unfähigkeit, eine Vergangenheit zu erklären, die nicht vergehen will –, um den wirklichen Preis jenes Sieges in der Niederlage ermessen zu können. Er bewahrt die Möglichkeit, von Neuem beginnen zu können. ■

## Sommerseminar (19.-20.09.2015): „Keine Alternativen zur verordneten 'Alternativlosigkeit'?“

Von Antonio Gramsci (1891-1937) stammt der Satz: „Eine Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann.“

Die BefürworterInnen des Kapitalismus stellen trotz der tiefsten Krise seit 1929 das Profitsystem und ihre neoliberale Politik als „alternativlos“ dar. Diese Propaganda wirkt bis weit in die Reihen der Gewerkschaften und der Linken.

Um so wichtiger ist es, sich über Alternativen zur Herrschaft des Kapitals und über Voraussetzungen für einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen klar zu werden.

Darüber möchten wir gerne mit Euch bei unserem Sommerseminar vom 19. - 20. September 2015 diskutieren.

### Seminarinhalte:

- Die herrschenden Verhältnisse in der Krise? Welche Krise(n)?
- Bürgerliche oder direkte Demokratie?
- Kapitalistische oder bedürfnisorientierte Wirtschaft?

Weitere Infos und Anmeldung bei RSB Rhein-Neckar, Postfach 102610, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/1564046, Email: rheinneckar@rsb4.de

## RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

RSB Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: rhein-neckar@rsb4.de



### TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- SA, 19.09./ SO, 20.09.2015, SOMMERSEMINAR „ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISMUS“, MA
- DI, 22.09.2015, 19.00 UHR, „GRIECHENLAND - WAS NUN?“, VERANSTALTUNG DES AKTIONSBÜNDNISSES „WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!“ MIT MANOS SKOUFOGLOU (ATHEN), GEWERKSCHAFTSHAUS MA
- FR, 25.09.2015, 19.00 UHR, DISKUSSIONSABEND ZUR „FLÜCHTLINGSFRAGE“, CAFE FILSBACH MA